

Bergmannfriedhoefe.de ist ein Nachrichtenorgan besonderer Art

Seit 2017 dreht sich die Berichterstattung hauptsächlich um die in Kreuzberg gelegenen Friedhöfe an der Bergmannstraße, die als *Berliner Flächendenkmale* einen zusätzlichen Schutz genießen, aber dennoch von Bebauung bedroht sind. Bei dem im dichtest besiedelten Berliner Bezirk gelegenen Gelände handelt es sich nicht nur um ein Areal, das das innerstädtische Klima positiv beeinflusst, sondern auch um ein Vogelbeobachtungsgebiet. Diese Grünfläche trägt in besonderem Maße zum Wohlbefinden der Menschen und anderer Kreaturen bei. Auch deshalb sollte dort nicht gebaut werden. Und tatsächlich: In der Vergangenheit war auf diesem Ort an eine Baugenehmigung nicht im Traum zu denken. Doch irgendwann kam dem Eigentümer Evangelische Kirche (EKBO) die Idee, einen Teil des Areals besser vermarkten, sprich: bebauen zu wollen. Auch eine Religionsgemeinschaft muss schließlich dem wahren Gott jeder kapitalistischen Gesellschaft, dem Götzen Mammon, dem lieben Gelde, dienen.

Als die Flüchtlingszahlen seit 2014 stark zunahmen, änderten sich auch die Rahmenbedingungen: Am 26.11.2014 setzte die Politik den *Sonderparagrafen 246 BauGB* in Kraft, den sie am 24.10.2015 nochmals verschärfte. Nun sollte auch dort legal gebaut werden können, z. B. im *Außenbereich*, wo zuvor ein striktes Bauverbot galt. Bedingung: Das Gebäude müsse Flüchtlingen zugute kommen. Dumm nur, dass sich die Fachleute in Behörden und Verbänden des Landes Berlin weiter quer stellten. Nichtsdestotrotz hielt die Geschäftsführung des *Evangelischen Friedhofsverbandes* (EVFBS) unbeirrt an ihrer Planung fest und reichte schließlich einen Bauantrag für ein Flüchtlingsheim auf dem Friedrichswerderschen Friedhof ein.

Zwei Tage vor Silvester 2019 gaben die Berliner Regierungsparteien sowohl auf Landesebene als auch im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg grünes Licht für den Beginn einer gesetzeskonformen Zerstörung dieser einmaligen Grünfläche. Erst 16 Monate später, als der Antragsteller realisiert hatte, dass die ergatterte Baugenehmigung eine *Rückbauverpflichtung* beinhaltet und diese die Rendite schmälern würde, ging der Friedhofsverband vorsichtig¹ auf Distanz zu dem Vorhaben (siehe *Deutschlandfunk Kultur / Länderreport*, Beitrag vom 28.4.21).

¹ „vorsichtig“ wurde nachträglich eingefügt.

Dass gegen dieses Projekt viele ihre Ablehnung über Jahre zum Ausdruck gebracht und sich nicht nur Kirchenmitglieder dagegen engagiert hatten, scheint bei den Verantwortlichen hingegen keinen Eindruck hinterlassen zu haben. Es ist auch dieses ignorante Verhalten, das vielfach kritisiert wird. Sollen sie doch die Sammlung von 5000 Unterschriften mit Verachtung strafen, sollen sie doch in einer gemeinsamen Aktion von Politik, Kirchenbürokratie und Lokalpresse die Kritiker ihrer Vorhaben verspotten, verunglimpfen, sie in extremistische Monster verwandeln, letztlich wird auf ihrem Zerstörungswerk natürlich „kein Segen“ ruhen. Jaja, das ist natürlich alles nicht neu, jaja, das kennen die meisten, seit sie „gelernt haben, dass man Geld nicht essen kann“.

Die Redaktion. 24. Juni 2021

